Nr. 192 XXVI. Jahrgang

Mittwoch, 17. Juli 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 15 6 28, 13 6 96, 13 6 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2066. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Bei öfteren oder größeren Aufträgen 10 % Preisermäßigung. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Nachlaß nach besonderem Tarif. Briefliche Anzeigen-Aufträge müssen deutlich geschrieben sein. Für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen können wir keine Gewähr übernehmen. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Aufnahme von Anzeigen durch den Fernsprecher ist ausdrücklich Antrag Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unserm Tarifblatte an.

Bezugspreis
Der Dresdner Bezirksbezirk monatlich M 1.20, vierteljährlich M 3.60 frei Haus, durch unsere weiteren Ausgabestellen monatlich M 1.50, vierteljährlich M 3.90 frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.20, vierteljährl. M 3.60
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.45, „ „ 4.35
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.15, vierteljährl. Kr. 6.45
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.60, „ „ 7.80
Nach d. Auslande im Streifb. wöchentl. M 1.10. Einz.-Nummer 10 Pf.

Die Stellung der Oesterr.-Ungar. Regierung zu den Friedensmöglichkeiten

Der deutsche Vorstoß bei Reims — Wieder 17000 Tonnen feindlichen Schiffsraums vernichtet — Gesteigerte Wirrwarr in Rußland — Verhängung des Kriegszustandes über das französische Nordafrika

Graf Burian über die Kriegsziele

(K. k. Korresp.-Bureau.)

× Wien, 16. Juli

In der letzten der den beiden Ministerpräsidenten vom Minister des Aeußern Grafen Burian fortlaufend zugehenden Mitteilungen über seine Auffassung der auswärtigen Lage heißt es u. a.: Es ist nicht leicht, ein Bild der gegenwärtigen Weltlage zu geben angesichts der stürmisch vorwärtsdrängenden Ereignisse. Alles ist in vollem Flusse und Wiederholungen des oftmals Gesagten über Ursachen und Verantwortungen in der Vergangenheit fördern die Einsicht nicht mehr, weil jedermann längst klare Stellung genommen hat. Mitten in dem schrecklichen, jedoch in jedem Kriegsabschnitt für sie erfolgreichen Abwehrringen suchen die Mittelmächte weiter nichts, als

den Friedenswillen des Feindes zu erkämpfen.

Sachlich und wesentlich treffend stehen zwischen den kriegführenden Parteien eigentlich nur die Ziele territorialer Natur. Für die großen Interessen der Menschheit, für Gerechtigkeit, Freiheit, Ehre, Völkerfrieden und Gleichberechtigung, für die unsre Gegner vorgeben, gegen uns streiten zu müssen, für diese Gebiete einer zeitgemäßen politischen Auffassung, über die wir nicht belehrt zu werden brauchen, wollen wir uns selbst einsetzen. Auch die neuen vier Punkte des Herrn Wilson vom 4. Juli werden unsern Widerspruch nicht herausfordern. Wir werden ihnen im Gegenteil weitgehend und warm zustimmen können. Darauf kommt es an, was unter diesen Gütern der Menschheit mißverstanden wird, und das sollten beide Teile einmal ehrlich versuchen, aufklärend und im gegenseitigen Einvernehmen festzustellen. Wenn unsre Gegner immer wieder Sühne von uns fordern für getanes Unrecht und Wiederherstellungen, so ist das ein Anspruch, den wir ihnen gegenüber mit viel mehr Fug und Recht erheben können, denn wir sind die Angegriffenen, und die — uns — verursachten Schäden sind also vor allem gutzumachen. Doch wird auch diese Interessenlage wohl kaum die Entwirrung des furchtbaren Kriegsknäuels erheblich hindern. Unüberwindbar erscheint hingegen noch der Trotz, mit dem die territorialen Forderungen nach Elsaß-Lothringen, Trient und Triest, den deutschen Kolonien usw. gestellt werden. Hier ist

die Grenze unsrer Friedensbereitschaft,

die alles diskutieren lassen kann, nur nicht den unberührbaren eigenen Besitzstand. Von Oesterreich-Ungarn will der Feind nicht nur abtrennen, was er für sich begehrt, es soll auch das innere Gefüge der Monarchie angegriffen und sie tunlichst in ihre Bestandteile aufgelöst werden. Als die Erkenntnis kam, daß die andern Kriegsmittel zu unsrer Niederringung nicht mehr reichten, da steigerte sich plötzlich das Interesse für unsre inneren Verhältnisse ins Ungeheuerliche. Unsre Gegner gehen von einer völlig schablonenhaften Verkennung des Wesens der österreichisch-ungarischen Monarchie aus. Sie übersehen in ihrer Genugtuung über die augenblicklichen, wenn auch schwierigen inneren Probleme, daß Staaten mit mehreren Nationalitäten in der Regel kein Zufallsgebilde sind, sondern Produkte historischer und völkergeographischer Notwendigkeit, die ihr Entstehungs- und Erhaltungsprinzip in sich tragen. Sie besitzen daher auch — und das gilt in vollem Maße für Oesterreich-Ungarn — die nötige Elastizität und Anpassungsfähigkeit an die wechselnden Zeitläufte, die Gabe, sich gemäß den Bedürfnissen ihrer jeweiligen Entwicklungsstufe selbst zu reformieren und ihre inneren Krisen unter Ausschluß unberufener auswärtiger Einmischung selbst zu lösen.

Die Monarchie lehnt fremden Eingriff in jeder Form entschieden ab, ebenso wie sie sich mit fremden Angelegenheiten nicht befaßt. Wir haben nie unsern Feinden Programme vorgeschrieben, wie sie ihre inneren Fragen behandeln sollen. Und wenn von unsrer Seite dennoch manchmal daran erinnert werden mußte, daß auch unsre Feinde im Innern nicht eitel Glück und Eintracht sind, daß es ein Irland, Aegypten, Indien usw. gibt, so geschah es nur als Mahnung zur Reziprozität mit dem Rat: „Kehret vor der eigenen Türe!" Die feindliche Verhetzungstätigkeit scheut auch davor nicht zurück, durch Ausstreuung von ungeheuerlichen, niedrigen Verleumdungen Mißtrauen zwischen den Völkern der Monarchie und ihrer angestammten Dynastie zu säen. Das wird ihr nie gelingen. — Nun muß der entschlossene Abwehrkampf weitergeführt werden bis zum guten Ende, und bis er uns die für die künftige ruhige Existenz erforderliche Sicherheit bringt. Diese uns aufgezwungene Wehr in Waffen darf aber nicht als Gegensatz aufgefaßt werden zu der Notwendigkeit einer unablässigen politischen Betätigung, um die Ziele unsrer Selbstverteidigung da, wo es möglich ist, und ohne der kraftvollen Kriegführung Abbruch zu tun, zu fördern. Die diplomatische Tätigkeit wird bei jedem Schritt auf die Kriegführung die sachlich gebotene Rücksicht nehmen. Die Ergebnisse der Kriegführung werden für die Arbeitseinteilung bestimmend sein. Anderseits hat die Diplomatie die Pflicht, unablässig auf dem Ausblick zu sein und die Möglichkeiten für eine wirksame Betätigung wahrzunehmen. So und nicht anders ist die Friedensbereitschaft der Mittelmächte aufzufassen. Sie wird die unüberwindliche Verteidigung der Verbündeten nicht einen Augenblick hemmen. Sie wird aber nach siegreichen Schlachten, ebenso wie in der Zeit der Kampfpausen, auch ohne neue Friedensangebote immer bedacht sein, daran zu erinnern, daß wir diesen Krieg für ein sinn- und zwecklos gewordenes Blutvergießen halten, dem durch das Wiederkehren der Menschlichkeitsgefühle unsrer Gegner in jedem Augenblick ein Ende gemacht werden könnte. Wir erschöpfen ihre und unsre Kräfte, um auf den Ruinen der Zivilisation neue Weltordnungen vorzubereiten, deren verwirklichungsfähige, auch von uns warm gebilligte Gedankenreihe sich viel leichter und vollständiger im friedlichen Zusammenwirken aller Völker in die Tat umsetzen könnte. Gewiß, wir leiden schwer unter diesem Kriege, aber

härter als unser Los ist unsre Entschlossenheit,

für unser gutes Recht zu kämpfen, bis der Feind abläßt von seinen menschheitsbeirrenden, weil falsch angewendeten Ideologien und von seinem anmaßenden Umsturzwillen.

Den Hort unsrer Zuversicht in so ernsten Schicksalsstunden bilden auch wie vor unsern einheitlich die gleichen Verteidigungsziele verfolgenden Kriegsbündnisse, allen voran unser alter Bund mit dem Deutschen Reiche, der sich im Frieden wie im Kriege segenbringend erwiesen hat und der nach dem ungeteilten Willen der von ihm beschirmten Völker auch fürderhin die sichere Grundlage gewähren soll, um uns mit geeinter Tatkraft aus der Weltkrisis herauszuringen und sodann mit kräftiger gegenseitiger Unterstützung den Wiederaufbau, die hoffnungsfreudige Rückkehr zu friedlichem und geschertem staatlichen und wirtschaftlichen Leben anzutreten. So, wie im Jahre 1879 der Abschluß des Bündnisses nichts Neues geschaffen hat, sondern nur die feierliche Festigung war von Beziehungen, die sich aus tiefer politischer Einsicht der zwei Nachbarmächte und ihrer Länder sowie aus den Bedürfnissen ihrer Völker herausgebildet hatten, so sind es die ins Gemeindewußtsein gedrungenen Erfahrungen aus langer Bündniszeit in gemeinsamer Arbeit und Not, die Oesterreich-Ungarn und Deutschland veranlaßten, den Weg zu suchen zu einem

Ausbau des Bündnisses,

damit es allen Anforderungen der Neuzeit genüge. Streng im Geiste des alten Vertrages die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland enger und inniger auszugestalten, das ist der Inhalt des Bestrebens der verbündeten Herrscher und ihrer Regierungen, in welchem sie sich im Einklang wissen mit den Wünschen der überwiegenden Massen ihrer Völker. Das Bündnis soll auch künftig, wie bisher, seinen ausschließlich defensiven Charakter bewahren. Es soll auch fest beruhen auf den befriedigenden Lösungen aller aus dem Kriege entstandenen, uns gemeinsam berührenden Fragen und Bedürfnisse. Der neue Bündnisvertrag soll daher nicht nur das politische Verhältnis der beiden Mächte umfassen, sondern auch den Anlaß geben, die vielfachen, künftig noch enger zu gestaltenden, wirtschaftlichen, militärischen und sonstigen Beziehungen derselben den geänderten Verhältnissen und gewonnenen Einsichten anzupassen, sowie die mit der Wiedergeburt Polens zusammenhängenden Fragen unter Rücksichtnahme auf die Wünsche der Bevölkerung zu lösen. Ueber den Verhandlungen, die zur Erreichung dieser weittragenden Ziele zwischen den verbündeten Regierungen geführt werden, schwebt als oberster Grundsatz bei sorgfältigster Rücksichtnahme in Form und Inhalt der Souveränität die volle Parität und Unabhängigkeit der vertragschließenden Mächte.

Das Bündnis soll auch künftighin gegen niemand eine Bedrohung oder eine Unfreundlichkeit bedeuten. Es soll nichts in dasselbe aufgenommen werden, was Reibung oder Anreiz zur Bildung von Gegengruppierungen zu bieten geeignet wäre. Alles, was sich in der Zukunft von der hehren Idee eines allgemeinen Völkerbundes wird verwirklichen lassen, soll in unserm Bündnis kein Hindernis, sondern einen willigen Kern, eine vorbereitende Gruppe finden, die sich mit jeder auf verwandten Grundsätzen beruhenden allgemeinen staatlichen Kombination leicht und ihrem Sinne gemäß zusammenschließen kann. Es ist auch nach dem Gesagten kaum nötig, zu betonen, daß wir hoffen und erwarten, allem voran mit dem uns verbündeten Bulgarien und der Türkei auch nach dem Kriege in der engsten Verbindung zu bleiben.

Was wir am 12. Dezember 1916 ausgesprochen haben, ist für unsre Gesinnung heute noch maßgebend. Wenn auch ungeheure Ereignisse seither das Weltbild stark verändert haben, so führen wir immer noch aufrecht und vereint unsern durch zahlreiche Opfer geheiligten Kampf, doch

stets bereit zu einer Verständigung,

die Ehre, Dasein und Entwicklungsfreiheit unsrer Völker sichert. Die Fortdauer dieses Krieges beruht ausschließlich auf dem einseitigen Vernichtungswillen der feindlichen Staatenlenker. Unsre Gegner stecken sich dabei auf ihrem blutgetränkten Wege Ziele, die nur auf den Trümmern einer Welt erreicht werden könnten. Daß dies verhütet werden wird, dafür bürgt unsre und unsrer Verbündeten starke Wehr. Es sei zum Schluß der Worte unsres erhabenen Herrschers gedacht aus seiner Antwort auf die Friedensnote des Heiligen Vaters vom 1. August v. J.: „Wir erstreben einen Frieden, der das fernere Leben der Völker von Groll und Rachedurst befreit und der sie auf Generationen hinaus vor der Anwendung der Waffengewalt sichert."

Der neue Schlag

(Privattelegramm)

+ Berlin, 16. Juli.

Der militärische Mitarbeiter der „B. Z. am Mittag" schreibt über den deutschen Vorstoß im Marnegebiet und in der Champagne: Die Spannung, die seit langer Zeit auf der Westfront gelegen hatte, hat sich entladen. Der Schleier, mit dem die deutschen Angriffsvorbereitungen verhüllt waren, ist gelüftet worden. Zu einem neuen Schlage hat die deutsche Heeresleitung ausgeholt. Er ist auf die französischen Stellungen beiderseits von Reims niedergefallen. Ueber die Ausdehnung und Richtung des deutschen Vorgehens liegen noch keine genauen Angaben vor. Wer aber die knappe Fassung unsrer amtlichen Berichte kennt und zwischen den Zeilen zu lesen versteht, kann nicht darüber im Zweifel sein, daß es sich bei dem gestern abend gemeldeten Einbruch in die feindlichen Stellungen um ein größeres Unternehmen und um mehr als rein örtliche Kämpfe und Erkundungsvorstöße handelt. Der Kampf hat sich anscheinend auf zwei verschiedenen Einbruchsstellen abgespielt, die zwar örtlich voneinander getrennt sind, aber doch im unmittelbaren Zusammenhang miteinander stehen. Auf dem rechten Flügel war in den vorhergehenden Kämpfen im Westen die Armee v. Boehn bis zur Marne vorgestoßen. Dort hatte sie auf dem Abschnitt Château-Thierry Dormans erreicht, ohne den Fluß selbst zu überschreiten. Oestlich von hier war die Armee Fritz v. Below in der allgemeinen Richtung auf Reims vorgegangen und hatte die von französischen schwarzen Hilfstruppen besetzten und zähe verteidigten Stützpunkte im Norden und Westen eingeschlossen. Der zweite Kampfplatz östlich von Reims liegt in der Champagne, die bisher noch nicht in Mitleidenschaft gezogen war. Es wäre verfrüht, schon jetzt Betrachtungen über die Operationsziele und die strategische Einwirkung auf die Gesamtlage anstellen zu wollen. Aber schon jetzt läßt sich erkennen, daß durch das Vorgehen westlich Reims gegen oder über die Marne die Bedrohung von Paris zugenommen hat.

•

An den Fronten

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

z. Zürich, 16. Juli

Der „Tagesanzeiger" meldet von der Westfront: In den letzten Tagen hat an der französischen Front die Aufklärung an den bisher ruhig gebliebenen Abschnitten begonnen. In der Champagne, den Argonnen und den Vogesen steigerten sich die Vorstöße.

„Daily Mail" meldet von der Front in Flandern, daß die Beschießung von Ypern und Arras wieder begonnen habe.

Der „Matin" meldet am Sonntag von der Front: Unsre wichtigste strategische Aufgabe ist die Wiederfreimachung der Bahnlinie Paris-Epernay. Foch und sein Stab inspizierten die Front in allen Teilen und erklärten sie nach menschlichem Ermessen für unverletzbar.

Der „Züricher Tagesanzeiger" meldet auch, daß die italienische Presse bereits wieder die Gefahr einer neuen deutsch-österreichischen Offensive an die Wand malt und die Verbündeten beschwört, ja die Lage an der italienischen Front nicht zu verkennen und die amerikanische Hilfe nicht nur für die französische Front zu verwenden.

(kf)

Ein Bericht der Obersten Heeresleitung

ist bis zum Beginn des Druckes dieser Ausgabe noch nicht eingetroffen.

Redaktion der Dresdner Neuesten Nachrichten.

Vorspiel zur Sommertagung des Reichsrats

Von unserm kk-Mitarbeiter

Wien, 14. Juli

Nachts um die zwölfte Stunde verließen gestern die Führer der parlamentarischen Parteien beider Häuser des Reichsrats das Palais des Ministerpräsidenten, wohin sie dieser am späten Abend beschieden hatte. Die Ungewöhnlichkeit und Plötzlichkeit dieser Einladung machte großes Aufsehen, zumal es bekannt wurde, daß am Nachmittage ein langdauernder Ministerrat stattgefunden hatte, von dem aus Herr v. Seidler zum Vortrage beim Kaiser in Eckartsau sich begeben hatte. Zweck und Ziel des ganzen Ganges blieb in geheimnisvolles Dunkel gehüllt, da alle Teilnehmer an den Konferenzen beim Ministerpräsidenten sich ehrenwörtlich verpflichten mußten, über den Inhalt der Unterredung nichts verlauten zu lassen. Allein da man heutzutage allem „Uebernatürlichen" mit berechtigter Skepsis entgegentritt, sucht man eine natürliche Erklärung des außergewöhnlichen Vorgangs. Und das Natürliche ist, daß, wenn der leitende Staatsmann zwei Tage vor dem Wiederzusammentritte des Parlaments die parlamentarischen Führer zu sich bescheidet, aller Wahrscheinlichkeit nach, um nicht zu sagen: ganz gewiß, von der voraussichtlichen Haltung der Parteien während der bevorstehenden kurzen Sommertagung die Rede war. Begreiflicherweise mag der Ministerpräsident die Parteiführer ersucht haben, auf einen glatten, ungestörten Verlauf der Verhandlungen bei ihren Gruppen hinzuwirken.

Ob die Verhandlungen sich so glatt abspielen werden, wie der Ministerpräsident es wünscht und wie es — das sei vorweg zugegeben — auch im allgemeinen Interesse wünschenswert wäre, ist freilich sehr fraglich. Man darf nicht vergessen, daß das Parlament seit geschlagenen vier Monaten nicht beisammen war, und daß sich in dieser ganz ungewöhnlich langen Pause eine ganze Menge Redematerial aufgehäuft hat. Außenpolitische und innerpolitische Angelegenheiten, militärische Vorgänge, Ernährungsfragen, Budget- und Kriegskreditangelegenheiten lechzen geradezu nach öffentlicher Besprechung, und es ist eine widernatürliche Sache, dem Parlamente, dessen Name doch vom Reden sich ableitet, nach viermonatigem Schweigen eine Redeschleuse aufzuerlegen. Natürlich sollen die Verhandlungen aus parlamentarischem Anstandsgefühl und aus Rücksicht auf den Eindruck, den ihr Verlauf auf In- und Ausland macht, mit gebotener Mäßigung geführt werden; aber nur abstrumen und gar nicht kritisieren, das kann niemand von den Abgeordneten verlangen, auch nicht der Herr Ministerpräsident, nicht einmal von den Parteien, die ihm Gefolgschaft leisten.

Es werden nämlich sehr wichtige Dinge zur Sprache kommen. Vor allem Budgetfragen. Das letzte Budgetprovisorium ist Ende Juni abgelaufen und seither wird die ganze Verwaltung im Exlex, im Notstande außerhalb des Gesetzes, geführt. Nun verlangt die Regierung wieder ein Budgetprovisorium bis Ende des Jahres, also ein sechsmonatiges. Sie verbindet damit eine Kreditforderung von zwölf Milliarden Kronen für militärische und mit dem Kriege zusammenhängende Zwecke, während sie in der vorigen Indemnitätsvorlage, die für vier Monate lautete, nur sechs Milliarden anforderte hat. Das bedarf nach den Friedensschlüssen mit Rußland, der Ukraine und Rumänien der Aufklärung, die der Finanzminister, der überhaupt zur vollen Offenheit neigt und gar nichts vertuschen will, gewiß in erschöpfendem Maße geben wird, wonach sich aber jedenfalls auch eine eingehende Erörterung anschließen wird. Der Ministerpräsident selbst will, wie offiziös angekündigt wurde, auf Grund der Mitteilungen, die ihm der Ballplatz zur Verfügung stellt, ein Bild der äußeren Lage geben, da Graf Burian selbst mangels einer Delegationstagung das Exposé nicht halten kann.

Dann hat Herr v. Seidler selbst gewiß das Bedürfnis, auch über die innerpolitische Lage sich zu äußern. Zumal er seit dem 15. März, da das Parlament auf Osterferien ging, in unzähligen Besprechungen mit den Parteien eine Klärung der inneren Verhältnisse herbeizuführen versuchte, inzwischen sogar eine Ministerkrise ausgebrochen war, die mit der Wiederbetrauung seines Kabinetts zur Leitung der Geschäfte gelöst wurde. Damit im Zusammenhange steht der tschechische Antrag auf Versetzung der Regierung in den Anklagezustand wegen der böhmischen Kreisverordnung, ein Antrag, der wohl keine Aussicht hat, von der erforderlichen Dreiviertelmehrheit angenommen zu werden, der aber immerhin zur Debatte gestellt werden muß. Eine jede erhebliche Wechselrede wird sich auch über die Ernährungsangelegenheiten entwickeln, die Stoff genug zur Kritik bieten und derzeit das schwierigste Problem darstellen, das die ganze große Oeffentlichkeit unausgesetzt in Atem hält. Eine ansehnliche Gruppe von Abgeordneten will auch die militärischen Vorgänge an der Piave zur Sprache bringen. Und dann die Hauptsorge: Beschaffung einer Mehrheit für Budget und Kriegskredite, die nur zu haben ist, wenn die Polen dafür stimmen oder sich zumindest der Abstimmung enthalten. Bis zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, sind die Polen dafür nicht zu gewinnen, da sie die Enthebung des Ministerpräsidenten verlangen, der den Ukrainern die Teilung Galiziens zugesagt haben soll, während anderseits die Ukrainer mit gewalttätiger Obstruktion drohen, wenn auf das Diktat der Polen hin Herr von Seidler seinen Platz verlassen müßte.

Man sieht: eine ganze Menge stachliger Angelegenheiten, die in ein paar Tagen — bis

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19180717/1